

## 2. Auswertung Stadtrat Weimar

Stadtratssitzungen vom 05.05.2010 / 23.06.2010 / 01.09.2010 / 29.09.2010 / 17.11.2010 / 15.12.2010

Der Kreisverband Weimar konstituierte sich im Mai 2010 in einer weitestgehend neuen Besetzung. Neben Jan Morgenroth wird als Stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Jens Kuring angegeben, dessen Vorgänger der mehrfach vorbestrafte Neonazi Martin Rühlemann war. Der im Ortsteilrat Weimar-West sitzende NPD-Politiker Ralf Markert ist Pressesprecher der NPD. Beisitzer sind Daniel Busch, Michael Löwer und Joachim Heilbruch.

Ständige Präsenz, Wiederholung von Anfragen und Anträgen zu den jeweiligen Stadtratsitzungen, sowie ausführliche Auswertungen und Kommentierungen jeder Gremiensitzung sind Kennzeichen der parlamentarischen Arbeit der NPD Weimar seit dem Mandatsantritt 2009. Dabei versucht die NPD Weimar weiterhin soziale Probleme im Landkreis anzusprechen.

So stellte Jan Morgenroth auf der 12. Sitzung des Weimarer Stadtrates einen Antrag auf eine Informationskampagne zur Bekämpfung von »verdeckter Armut« in Weimar. Der Antrag sieht die Erstellung einer Broschüre vor, in der AnsprechpartnerInnen und zuständige Institutionen aufgelistet werden. (Antrag zur Stadtratssitzung am 23.06.2010)

In der darauffolgenden Sitzung reichte der NPD-Mandatsträger einen Antrag ein, der den Oberbürgermeister Wolf auffordert, zusammen mit zuständigen Institutionen eine Präventionsveranstaltung unter dem Slogan »Leben ohne Drogen« zu initiieren. (Antrag zur Stadtratssitzung am 01.09.2010)

Themen für den Kreisverband waren weiterhin vor allem die Sperrmüllentsorgung in Weimar (Bürgeranfrage zur Stadtratssitzung am 05.05.2010) sowie eine Anfrage auf der 13. Stadtratssitzung am 01.09.2010, die das Verbot von Glasflaschen auf dem Zwiebelmarkt in Weimar thematisierte. Obwohl der Haupt- u. Personalausschuss die Anfrage aus formalen Gründen zurück wies, versuchte die NPD mehrmals in einem Schreiben an Oberbürgermeister Wolf, unter anderem mit Androhung der Einschaltung der Kommunalaufsichtsbehörde, die Anfrage auf die Tagesordnung setzen zu lassen. (Schreiben an den Oberbürgermeister vom 06.09.2010 zur Zurückweisung der Drucksache 144/2010)

Ein weiteren Schwerpunkt setzte die NPD mit einem Antrag bezüglich des »Heldengedenktag« am 14. November 2010. Dieser im Nationalsozialismus zu Ehren gefallener deutscher Soldaten gefeierter Tag, nahm der Kreisverband zum Anlass, sich an einem Soldatengrab im Weimarer Friedhof zu versammeln. ([npd-weimar.de](http://npd-weimar.de))

Morgenroth stellte zur 15. Stadtratssitzung am 19.11.2010 einen Antrag auf Hinweisschilder für Kriegsgräber in Weimar. Diesen begründete er mit einer vermeintlichen Ungleichbehandlung der gefallenen deutschen Soldaten gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus. Dahinter steht die Überzeugung Morgenroths, die wirklichen Opfer des Zweiten Weltkrieges seien deutsche Soldaten und nicht jüdische Menschen. Dass die NPD dabei offensichtlich den Holocaust relativiert und die deutsche Kriegsschuld im NS leugnet beweist die Manier des Antrags.

Ein weiteres Mal versuchte der NPD-Kreisverband das soziokulturelle Jugendzentrum Gerberstraße zu diffamieren. So stellte Morgenroth auf der 16. Stadtratssitzung einen

Antrag, der die Bewilligung der Haushaltsgelder für die Gerberstraße nur unter der Bedingung einer »abschließenden Klärung des besitzrechtlichen Status des Gebäudes« vorsieht.(Änderungsantrag am 15.12.2010) Morgenroth begründete dies mit Verweis auf Bauordnungs- u. Brandschutzgefährdende Aspekte. Zudem behauptet er, dass die Nutzung des Gebäudes durch »Linksextremen« die bauliche Situation erheblich verschärfen würde und plädierte aus diesen Gründen für eine unverzügliche Räumung der Gerberstraße. Dass sich die NPD nicht um den Brandschutz im Jugendzentrum sorgt, sondern und ihr Engagement gegen Rechtsextremismus und die emanzipatorischen Einstellungen der Jugendlichen infrage stellt, wird dabei mehr als deutlich. Auf der 13. Stadtratssitzung am 1.09.2010 stimmte die NPD beispielsweise gegen den vom Stadtrat zur Abstimmung gestellten Jugendförderplan, weil damit die angebliche »unglaubliche Finanzierung gewalttätiger Linksextremisten über Jahre fortgeschrieben werde.«

Im Dezember 2010 veröffentlichte die NPD erstmals die Zeitung »Weimarer Landbote«. Diese reiht sich in die Serie von acht weiteren Regionalzeitungen in verschiedenen Regionen Thüringens ein, die in regelmäßigen Abständen als Postwurfsendung in die Briefkästen der Thüringerinnen und Thüringer landen. Diese Blätter sind für die NPD Parlamentarier von hoher Bedeutung, da über ihre kommunalpolitische Arbeit in der landesweiten Presse nicht berichtet wird.